

Wegen unserer Kinder:  
Schulden müssen  
im Rahmen bleiben



© BilderBox.com

## Schulden auf Vorrat?

### Landtag darf sich nicht um Prioritäten drücken

**Eine klare Absage erteilt der Bund der Steuerzahler den Plänen einer großen Mehrheit im Schleswig-Holsteinischen Landtag, noch in diesem Jahr Notkredite in Höhe von 4,5 Milliarden Euro aufzunehmen. Auf dieses Vorgehen hatten sich CDU, Grüne, FDP, SPD und SSW geeinigt.**

Dazu sagte Dr. Aloys Altmann, Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein: „Auch in Krisenzeiten gilt der Haushaltsgrundsatz der Jährlichkeit. Selbst wenn Notkredite erforderlich sind, dürfen damit nur konkrete im jeweiligen Haushaltsjahr festgelegte Ausgaben finanziert werden. Ein Aufstocken von Rücklagen, zum Beispiel im Impuls-Programm, aus Krediten darf es nicht geben!“

Altmann warnt: „Alle Ausgaben, für die Kredite notwendig sind, müssen unmittelbar der Krisenbewältigung dienen. Die Rechtfertigung, mit zusätzlichen allgemeinen Ausgaben solle die Konjunktur gestützt und damit Krisenfolgen abgemildert werden, reicht als Begründung nicht aus. Daher halten wir es zumindest für fragwürdig, ob die Kreditermächtigung der Landesverfassung entspricht.“

„Für uns entsteht der Eindruck, dass sich die Landtagsabgeordneten durch die größte Kreditaufnahme in der Geschichte des Landes Schleswig-Holstein um ihre Verantwortung drücken, jetzt notwendige Prioritäten für die kommenden Jahre zu setzen. Zudem sollen Wunschprojekte der Fraktionen untergeschoben werden, die bislang an mangelnder Finanzierbarkeit scheiterten. Wir erwarten dagegen von den Abgeordneten, dass sie jetzt mit den erwarteten Steuereinnahmen auf dem Niveau des Haushaltsjahres 2019 die richtigen Impulse setzen“.

Völlig indiskutabel ist für den Bund der Steuerzahler eine geplante Tilgungsfrist von 40 Jahren! „Bis dahin werden kommende Politikergenerationen neue Krisen zu bewältigen haben, für die sie dann auch die notwendigen finanziellen Handlungsmöglichkeiten benötigen, von denen unsere Politiker in der Corona-Pandemie jetzt profitieren: „Wir dürfen nicht zulassen, dass wir unseren nachfolgenden Generationen die Möglichkeit zur Krisenbewältigung stehlen“.

**Rainer Kersten**

[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

## Im Nord-Kurier lesen Sie:

Das Schwarzbuch des Bundes der Steuerzahler ist erschienen und leider hat Norddeutschland wieder einen erheblichen Beitrag geliefert für die Verschwendung von Steuergeldern. Wir dokumentieren unsere Kritik an Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein auf den Seiten 4 und 5 dieser Ausgabe des Nord-Kurier.

Es kann nicht sein, dass wegen der Corona-Krise und der Pandemie die Politiker aus der Verantwortung entlassen werden, sparsam mit dem Geld der Steuerzahler umzugehen. Dabei geht es nicht immer nur um große Summen, aber immer um die Glaubwürdigkeit von Politik.

Auf Seite 8 dieser Ausgabe lassen wir unsere Leser zudem teilhaben an einem typischen Versuch, unsere Arbeit – in diesem Fall in Mecklenburg-Vorpommern – zu torpedieren.



Foto: © Sascha Mummenhoff

**Verschlafen: Hamburger Behörden schaffen es nicht, binnen acht Jahren das Betriebssystem Windows 7 zu ersetzen**



Foto: © Michaela Skott

**Ein Zaun in Schwerin, den niemand braucht**

# Pandemie im Mittelpunkt

## Resolution und Wahlen beim Bund der Steuerzahler in Kiel

In ihrer Versammlung am 30. September 2020 in Kiel haben die Delegierten des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein eine Resolution verabschiedet mit dem Titel „Coronahilfen zukunftsfähig gestalten“. Darin sprechen sie sich dafür aus, bei den staatlichen Hilfen jetzt nachzusteuern, damit die Pandemiebewältigung für die öffentlichen Haushalte dauerhaft finanzierbar bleibt.

Die aktuelle Krise, so die Mahnung, sei kein Freifahrtschein für ungezügelt Schuldenmachen, daher dürften neue Kredite nur für die Bewältigung der unmittelbaren Folgen aufgenommen werden. Mit einer planmäßigen Tilgung müsse sichergestellt werden, dass die öffentlichen Kassen auch für kommende Krisen gewappnet seien. Eine klare Absage wird dem Schuldenmachen „auf Vorrat“ erteilt. Die Schuldenbremse dürfe nicht zur Diskussion gestellt werden. Die Resolution im Wortlaut lesen sie im nebenstehenden Artikel.

Bei den turnusgemäßen Wahlen wurden Frau Dietlind Goldbeck, Rechtsanwältin und Notarin aus Neustadt/Holstein, und Herr Dr. Holger Klink, Universitätsdozent und ehrenamtlicher Bürgermeister aus Strande, einstimmig neu in den Verwaltungsrat gewählt. Wiedergewählt wurden Herr Eckhard Hess aus Kiel und Herr Wolfgang Hennig aus Niebüll. Frau Annelie Braumann aus Kiel und Frau Ulrike Pennings aus Ratekau stellten ihre Posten im Verwaltungsrat zur Verfügung.

Auch im Vorstand gab es einstimmige Wiederwahlen: Herr Roger H. Müller, Vizepräsident aus Oldenburg/Holstein, Herr Dr. Hartmut Borchert, Vizepräsident aus Kiel, sowie Herr Nicolaus Lange, Beisitzer aus Lübeck, gehören auch in der nächsten dreijährigen Wahlperiode dem Vorstand des Landesverbandes Schleswig-Holstein an.

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)



## Kein Freifahrtschein

*Resolution fordert strenge Maßstäbe für die Hilfen*

**In der ersten Phase der Krisenbewältigung war es notwendig, schnell und unbürokratisch mit erheblichen öffentlichen Mitteln die Folgen der Corona-Pandemie für Unternehmen und Arbeitnehmer abzumildern. Doch jetzt gilt es, bei den Hilfen nachzusteuern, damit die Krisenbewältigung für die öffentlichen Haushalte dauerhaft finanzierbar bleibt. Hierzu fordern wir:**

Für bereits ausgezahlte Hilfen muss nachträglich überprüft werden, ob die Anspruchsvoraussetzungen tatsächlich erfüllt worden sind. Weitere Hilfen darf es nur für Unternehmen und Branchen geben, die ein dauerhaft tragfähiges Geschäftsmodell nachweisen können. Mit öffentlichen Mitteln muss ein zukunftsfähiger Strukturwandel gefördert, keinesfalls aber darf mangelnde Wettbewerbsfähigkeit verlängert werden.

Die durch Mehrausgaben und Mindereinnahmen belasteten öffentlichen Haushalte aller Ebenen müssen auf der Ausgabenseite konsolidiert werden. Steuererhöhungen sind ausgeschlossen, um die konjunkturelle Erholung nicht zu gefährden.

Alle Staatsaufgaben müssen nach strengen Maßstäben überprüft werden. Das gilt insbesondere für konsumtive Ausgaben. Bei den noch zu finanzierenden Aufgaben müssen die folgenden Prioritäten zur Sicherung der Zukunftsfähigkeit gelten:

1. Innere Sicherheit und Gesundheitswesen (Katastrophenvorsorge)
2. Bildung und Forschung
3. Wirtschaftsnahe Infrastruktur und digitale Kommunikationsnetze

Die aktuelle Krise ist kein Freifahrtschein für ungezügelt Schuldenmachen. Neue Kredite dürfen nur für die Bewältigung der unmittelbaren Folgen aufgenommen werden und müssen planmäßig getilgt werden, damit die öffentlichen Kassen auch für kommende Krisen wieder gewappnet sind. Schulden „auf Vorrat“ darf es nicht geben.

Die Schuldenbremse in der Verfassung hat sich gerade in dieser Krise sehr bewährt und darf nicht zur Diskussion gestellt werden.

In einer Podiumsdiskussion auf der Delegiertenversammlung in Kiel, die Corona-bedingt ohne Gäste stattfinden musste, sprachen Dr. Claus-Friedrich Laaser, Institut für Weltwirtschaft Kiel (rechts) und Reiner Holznagel, Präsident des Bundes der Steuerzahler Deutschland (links), unter der Moderation von Dr. Aloys Altmann, Präsident des Bundes der Steuerzahler Schleswig-Holstein, über die wirtschaftlichen und fiskalischen Folgen der Corona-Krise.

Wie geht es in Deutschland und Europa weiter? Alle Teilnehmer waren sich einig, dass erhebliche staatliche Mittel notwendig waren, um die wirtschaftlichen Folgen des Lockdowns abzumildern. Viele beschlossene Maßnahmen seien aber auch sehr fragwürdig, weil sie gar keine konjunkturstützende Wirkung hätten oder erst viel zu spät entfalten könnten. Außerdem seien unter dem Deckmantel der Krisenbewältigung von den Politikern zahlreiche Positionen in die Hilfspakete hineingeschrieben worden, die mit der eigentlichen Corona-Krise überhaupt keine Verbindung haben.

Claus-Friedrich Laaser pflückte in seinem Impulsvortrag die verschiedenen Maßnahmen auseinander. Denn alle Hilfspakete bestehen aus einem ganzen Strauß von Maßnahmen, die wirtschafts- und finanzpolitisch sehr unterschiedlich zu beurteilen seien. So hätten die Bundestagsabgeordneten in den ersten Nachtragshaushalt zur Bewältigung der Krise auch die Hilfen für die Betroffenen der Thomas Cook-Pleite hineingeschummelt. Im 170 Milliarden Euro-Corona-Paket von Juni 2020 seien Regionalisierungsmittel für den öffentlichen Nahverkehr und eine Entlastung von der EEG-Umlage enthalten zusammen mit zahlreichen zusätzlichen Förderungen für die E-Mobilität. Auch das riesige Hilfspaket der Europäischen Union in Höhe von 750 Milliarden Euro sei letztlich ein Sammelsurium unterschiedlichster und sich teilweise



widersprechender Maßnahmen. Immerhin habe die EU damit Handlungsfähigkeit bewiesen und rund die Hälfte der Mittel als Kredite ausgegeben. Doch eine strategische Zukunftsgestaltung sei aus den Maßnahmen nicht erkennbar.

Abschließend ging Laaser auf die aktuellen Prognosedaten des Instituts für Weltwirtschaft ein: Bei aller Unsicherheit durch die nicht bekannte Entwicklung der Pandemie gehe man derzeit von einer V-förmigen Entwicklung aus. Nach einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um rund 5,5 Prozent in 2020 erwarten die Experten schon für das nächste Jahr wieder einen Anstieg um 4,8 Prozent. Daher seien kurzfristige Hilfen für gesunde Unternehmen durchaus zu rechtfertigen. Grundsätzlich falsch sei jedoch der Erhalt ineffizienter Strukturen. Keine Wirkung versprechen sich die Experten von der vorübergehenden Senkung des Mehrwertsteuersatzes. Denn es fehle gar nicht an Massenkauflkraft, sie werde lediglich verzögert eingesetzt.

Reiner Holznagel ging in seinem Statement vor allem darauf ein, dass sehr große Anteile der Hilfspakete bis heute noch zu keinem Mittelabfluss geführt hätten. „Wenn unter dem Deckmantel der Corona-

Krise der Rüstungsetat der Bundeswehr um 10 Milliarden Euro aufgestockt wird, dauert es Jahre bis dieses in konkrete Aufträge umgesetzt werden kann. Möglicherweise sind die Ausgaben notwendig, mit der Pandemie haben sie aber rein gar nichts zu tun“, so Holznagel. „Doch nach der politischen Logik werden im Haushalt zur Verfügung gestellte Mittel auch dann ausgegeben werden, wenn der eigentliche Zweck gar nicht mehr erfüllt werden kann. Dann werden geplante Ausgaben umgewidmet oder neue Verwendungszwecke erfunden. Wir werden also erleben, dass in den nächsten Monaten und Jahren viele Milliarden Euro in unsinnige Projekte gesteckt werden“, befürchtet Holznagel.

Und die Schuldensumme steigt schwindelerregend. Nach den Jahren der „schwarzen Null“ wurden zur unmittelbaren Corona-Bekämpfung bereits Nettokredite in Höhe von 290 Milliarden Euro im Bundeshaushalt aufgenommen. Und auch für 2021 ist eine Kreditaufnahme von fast 100 Milliarden Euro geplant. Das zeige auch unsere Schuldenuhr in Berlin: Anfang des Jahres lief sie noch mit 55 Euro pro Sekunde rückwärts. Jetzt rast sie mit nie gekannten 10.000 Euro pro Sekunde vorwärts.

In der anschließenden Diskussion herrschte Einigkeit, dass der BdSt diesen Plänen entschieden entgegenzutreten muss. Bedauert wurde, dass es kein fiskalisches Verbandsklagerecht gibt. Denn alle Experten waren sich einig, dass die derzeitige Haushaltspolitik von Ländern, Bund und EU gegen geltendes Recht verstößt. Aber eine Anrufung der Gerichte könnte nur von denjenigen erfolgen, die selbst an der Haushaltsaufstellung beteiligt waren.

**Rainer Kersten**  
[rainer.kersten@steuerzahler.de](mailto:rainer.kersten@steuerzahler.de)

## Impressum

**Herausgeber:** Bund der Steuerzahler Hamburg, Schleswig-Holstein und Mecklenburg-Vorpommern

**Redaktion:** BdSt Schleswig-Holstein, Rainer Kersten, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel, Tel. 0431/99 01 65-0, Fax 99 01 65-11, [www.nord-kurier.de](http://www.nord-kurier.de), E-Mail: [info@nord-kurier.de](mailto:info@nord-kurier.de)

**Verlag:** BdSt Steuerzahler Service GmbH, Haus der Bundespressekonferenz, Schiffbauer Damm 40, 10117 Berlin

**Anzeigenverwaltung:** Nord-Kurier Verlag und Werbegesellschaft mbH, Lornsenstraße 48, 24105 Kiel

**Verantwortlich:** Schleswig-Holstein: Roger H. Müller, Rainer Kersten; Hamburg: Sascha Mummehoff, Angela Sundermann; Mecklenburg-Vorpommern: Diana Behr

**Erscheinungsweise:** 9 x jährlich

**Auflage:** 21.000, 49. Jahrg., 11/2020

**Konzeption & Gestaltung:** J. Holz, [www.diegestalten.com](http://www.diegestalten.com), Mainz

**Satz:** LINE Media Agentur, Tel. 0 43 34/18 91 18, E-Mail: [info@linemedia.de](mailto:info@linemedia.de)

**Druck & Versand:** Dierichs Druck Media GmbH & Co KG, Frankfurter Straße 168, 34121 Kassel

# Der Norden...

## Schleswig-Holstein

### Kunstwerk wird teuer

Die Skulptur „Muschelläufer“ des Künstlers Martin Wolke wurde im August 2005 der Stadt Ahrensburg gestiftet. Doch jetzt ist das Kunstwerk marode und erfordert eine Sanierung. Will die Stadt die Skulptur weiter ausstellen, kommen Kosten von 29.000 Euro auf die Steuerzahler zu.

### Streit um Sitzbänke an Trave

Das Traveufer in Lübeck-Travemünde sollte attraktiver werden. Doch mit der Aufstellung von Sitzbänken hatten die Verantwortlichen kein Glück: Während es auf der einen Flussseite Ärger über die Platzierung der Rückenlehnen gab, sorgte auf der gegenüberliegenden Seite der Preis von 20.000 Euro netto pro Sitzbank für Empörung.

### Machbarkeitsstudie ohne Nutzungsabsicht

Über die Reaktivierung einer stillgelegten Bahnstrecke soll eine Machbarkeitsstudie für bis zu 50.000 Euro erarbeitet werden. Dabei hat uns das zuständige Verkehrsministerium in Kiel mitgeteilt, dass es derzeit gar keine Überlegungen gibt, die Strecke Malente – Lütjenburg für den Schienenpersonennahverkehr zu nutzen. Offenbar soll das Gutachten nur dazu dienen, eine hitzige lokale Debatte zu beenden.

### 22 Millionen Euro für Staatskanzlei

Die Staatskanzlei Schleswig-Holsteins hat offenbar ein Auge auf das ehemalige Wehrbereichskommando in Kiel geworfen. In traumhafter Lage findet man dort höchst repräsentative Räume. Herausgekommen sind die bisher geheimen Pläne durch eine Panne beim landeseigenen Gebäudemanagement: Das hat bereits Planungsleistungen ausgeschrieben – mit einem geschätzten Bauvolumen von 22 Millionen Euro.

### Aus Fehlern nichts gelernt?

In Kiel ist der Wohnraum knapp. Deshalb beschloss die Stadt, wieder eine städtische Wohnungsgesellschaft zu gründen, die bis zu 4.000 preisgünstige Mietwohnungen anbieten soll. Offenbar hat man dabei vergessen, dass man vor genau 20 Jahren froh war, die damalige Wohnungsbaugesellschaft mit

mehr als 10.000 Wohneinheiten verkaufen zu können, denn deren Wohnungsbestand war marode und unwirtschaftlich.

### Sieben neue Segelyachten

Die Marineschule Mürwik erhält in diesem Jahr sieben neue Segelyachten für insgesamt rund 1,8 Millionen Euro: Eine fragwürdige Prioritätensetzung angesichts der großen Probleme mit der Einsatzbereitschaft der Flotte.

### Plastik-Panne in der Schlei

Für die Energiegewinnung im Faulturm ihrer Kläranlage haben sich die Stadtwerke Schleswig Lebensmittelreste anliefern lassen. Diese waren aber mit kleinsten Plastikteilen versetzt, die von den Filtern nicht erfasst werden konnten. So sind vermutlich rund 5 Tonnen Plastik in die Schlei mit ihren Naturschutzgebieten gelangt. Diese Panne hat zu Mehrkosten von 1,8 Millionen Euro geführt.

### Räuberhöhle wird Groschengrab

Für 300.000 Euro sollte in Seeth eine Wohnung im Obergeschoss einer Kindertagesstätte zu einem zusätzlichen Raum für die Kinder ausgebaut werden. Nach dem Umbau stellte sich heraus, dass die Nutzung nicht genehmigungsfähig ist und dadurch auch die anderen Räume ihren Bestandsschutz verloren haben. Jetzt wird ein Neubau geprüft.

### Erst sanieren, dann abreißen

Das Parkhaus am Lübecker Holstentor ist so marode, dass es abgerissen und in 3 Jahren durch einen 10 bis 16 Millionen Euro teuren Neubau ersetzt werden soll. Damit bis dahin immer noch Parkgebühren eingenommen werden können, wurden jetzt noch einmal 900.000 Euro hineingesteckt.

### Zusätzliche Wasserbecken 50 Prozent teurer als geplant

Im Schwarzbuch 2015 kritisierten wir die Pläne der Kieler Ratsversammlung, für 12,5 Millionen Euro eine zusätzliche Wasserfläche in der Innenstadt zu schaffen. Im August 2020 wurden die Wasserbecken, das „Holsten-Fleet“, geflutet – nicht nur ein Jahr später als geplant, sondern auch mit 18,7 Millionen Euro fast 50 Prozent teurer als vorgesehen.

### Die ungeliebte Kammer

Seit 2019 sollen alle Pflegefachkräfte in der neu gegründeten Pflegeberufekammer



Schleswig-Holstein Pflichtmitglieder sein und Beiträge zahlen. Doch davon ist man noch weit entfernt, weil sich viele Betroffene nicht registrieren lassen und ihren Beitrag verweigern. Darum musste das Land 3,6 Millionen Euro zuschießen. Immerhin kommt jetzt aber eine Urabstimmung unter allen Pflegenden.

### Gutachten eindeutig: Busse statt Schienenverkehr

Sollte die Eisenbahnstrecke zwischen Torsesch und Uetersen für den Personenverkehr reaktiviert werden? Ein Gutachten im Auftrag des Landes meint: Das wäre unwirtschaftlich! Stattdessen wird nun der Busver-



kehr ausgebaut. Das spart den Steuerzahlern nicht nur rund 7 Millionen Euro, sondern entspricht auch den Wünschen vieler Berufspendler.

# ...im Schwarzbuch

## Hansestadt Hamburg

### Acht Jahre geschlafen

2012 gab Microsoft bekannt, dass der Support für Windows 7 im Jahr 2020 eingestellt wird. Acht Jahre lang hatte die Stadt Hamburg somit Zeit, sich für ein anderes Betriebssystem zu entscheiden. 8 Jahre waren jedoch nicht genug, um den Verantwortlichen Druck zu machen. Deshalb wird es nun teuer.

### Entschädigungszahlung für vorzeitige Räumung

Die Stadt Hamburg hat einem Logistikunternehmen 118 Millionen Euro für die vorzeitige Räumung einer Hafensfläche gezahlt – dabei hätte sie in wenigen Jahren kostenfrei über die Fläche verfügen können.

### Nutzlos-Brücke wird teurer

Die Hamburger Maurienstraße soll durch eine Fußgänger- und Fahrradbrücke verbunden werden, dabei gibt es in direktem Umfeld bereits zwei Brücken. Und schon vor dem ersten Spatenstich sind die Kosten um 33 Prozent, auf fast 2,5 Millionen Euro, gestiegen.

## Mecklenburg-Vorpommern

### Viel Wind um eine Eiche

Für Straßenbauarbeiten in Neubrandenburg wird ein kleiner Wald gerodet. Nur eine 200-jährige Eiche bleibt stehen und muss plötzlich Wind und Wetter trotzen. Da sie das nicht dauerhaft schaffen wird, muss auch sie weichen. Für die Fällgenehmigung ordnet die

Behörde einen ungewöhnlichen Ausgleich an: Es muss eine neue Eiche her – und zwar im Großformat.

### Ein Zaun, den niemand will

Ein Wohngebiet, ein Breitensportverein und ein überbelegtes Fußballfeld in Schwerin: Das klingt nach einer explosiven Mischung. Ist es auch. Am Ende steht ein 130 m langer und 6 m hoher Zaun am Spielfeld – ein Zaun, den niemand will und niemand braucht.

### Filmförderung de luxe

Seit Jahren leistet sich Mecklenburg-Vorpommern zwei Filmförderungen. Der Weg zur Förderung führt über eine Auswahlkommission, die mit Medienexperten besetzt ist. Doch manchmal scheinen auch diese beiden Förderungen nicht auszureichen. Und so erhält ein Abschlussfilmprojekt Fördermittel über einen dritten Weg: den Vorpommern-Fonds.

### Luxuswasser sorgt für Verluste in Parchim

Ein Luxuswasser aus städtischer Quelle erhitzt die Gemüter in der mecklenburgischen Kleinstadt Parchim. Die „Minus 181 GmbH“ erwirtschaftet unter städtischer Beteiligung große Verluste. Ein öffentlicher Zweck liegt nicht vor. Außerdem kritisiert der Landesrechnungshof die Beteiligung der Stadt.

### Gastronomie auf Kosten der Steuerzahler

Das Schweriner Schloss ist nicht nur Touristenmagnet und Sitz des Landtags, sondern seit Jahresbeginn auch die Adresse eines landtagseseigenen Restaurantbetriebs. Damit dort auch morgen noch fürstlich gespeist werden kann, bringen die Steuerzahler mehrere Hunderttausend Euro auf. Bleibt abzuwarten, ob nicht vor allem die Parlamentarier, die das Geld der Steuerzahler dafür freigegeben haben, nun das Angebot nutzen.

## Das Schwarzbuch kostenlos ins Haus

Die Gesamtdarstellung von 100 konkreten Fällen von Steuergeldverschwendung aus ganz Deutschland haben wir wieder in unserem aktuellen Schwarzbuch 2020/2021 abgedruckt. Wir zeigen beispielhaft auf, wo der Staat allzu sorglos mit unserem Steuergeld umgeht. Übrigens: Weitere Fälle von Steuergeldverschwendung finden Sie auch auf unserer Rechercheplattform [www.schwarzbuch.de](http://www.schwarzbuch.de). Dort können Sie uns auch Hinweise geben und unsere Arbeit unterstützen.

Die gedruckte Fassung des Schwarzbuches können Sie kostenlos anfordern bei ihrem Landesverband. Wir senden Ihnen dann gern ein Exemplar zu:

**Schleswig-Holstein:** Telefon 04 31/99 01 65-0

**Hamburg:** Telefon 040/33 06 63

**Mecklenburg-Vorpommern:** Telefon 03 85/557 42 90



Er kennt das Unternehmen seit der ersten Stunde: Geschäftsführer Simon Radtke hat bereits als Student bei Stadt Land Frucht (damals noch „cityfarming“) Kisten ausgefahren



Frische und gesunde Lebensmittel sind Ihre Leidenschaft. Das Team von Stadt Land Frucht (von links): Catlin Rickert, Lisa Kähler, Martin Stöckle und Kathrin Bernstein

# Glück passt in eine kleine Kiste

## Stadt Land Frucht GmbH liefert gerne frisch in der Metropole

**Eine kleine Kiste Glück – damit beliefert die Stadt Land Frucht GmbH ihre Kunden in Hamburg und Umgebung. Süße saftige Früchte, frisches Brot vom Bio-Bäcker, Eier von freilaufenden Hühnern und regional erzeugter Joghurt – mit dieser Palette an gesunden Leckereien ist man bei der Arbeit im Büro oder im Homeoffice bestens versorgt.**

Vitamine fördern eine gesunde Lebensweise und sorgen bekanntlich für gute Laune. Die Stadt Land Frucht GmbH hat es sich daher zur Aufgabe gemacht, Unternehmen und Privathaushalte mit frischen Lebensmitteln und sogar Blumen zu versorgen. „Wir liefern jeden Tag, von heute auf morgen. Unsere Waren werden täglich frisch und gekühlt in unserem Lager angeliefert. Bereits beim Wareneingang werden die Früchte beispielsweise auf ihren Reifegrad kontrolliert“, schwärmt Kathrin Bernstein, Mitarbeiterin im Vertrieb und in der Kundenbetreuung. Die erfahrene Vertrieblerin erzählt weiter, dass jede Kiste einzeln zusammengestellt werde und jeder Mitarbeiter mit anpacke. „Wir fahren alle auch mal eine Tour, um die Firmen persönlich kennenzulernen und jeder von uns weiß die Früchte zu würdigen.“ Denn nicht alle

Früchte vertragen sich auch untereinander, erklärt Bernstein. Bananen und Äpfel etwa harmonieren gar nicht gut miteinander. „Das Gas Ethen, das Äpfel verströmen, beschleunigt den Reifungsprozess der Bananen und lässt sie schnell matschig werden“, erläutert Bernstein.

Kathrin Bernstein ist einer der kreativen Köpfe der Firma. Sie organisiert Gesundheitstage und Messeauftritte. Zudem erweitert sie das Produktportfolio. Besonders wichtig ist der Stadt Land Frucht GmbH der ökologische Aspekt ihrer Arbeit: „Unsere Kiste ist eine Mehrweg-Holzbox und soll aus ökologischer Sicht möglichst oft zum Einsatz kommen“, erklärt Bernstein. Bei der nächsten Lieferung werde die leere Kiste daher einfach gegen eine neue, volle Kiste ausgetauscht. Außerdem können Kunden das Team von Stadt Land Frucht jederzeit telefonisch oder per Mail kontaktieren.

Damit auch kein einziges dieser kostbaren Lebensmittel verschwendet wird, arbeitet Stadt Land Frucht mit der Hamburger Tafel zusammen. Das frische Obst stammt unmittelbar aus der Region: „Die Äpfel kommen vom Baum direkt bei uns in die Kiste.“

Gegründet wurde das Unternehmen bereits am 11. Juli 2007 unter dem Namen „cityfarming“. Im Mai 2019 wurde die Firma in Stadt Land Frucht umbenannt. Die Nachfrage seitens der Büros und Konzerne nach frischen Lebensmitteln stieg stetig an, wodurch sich der B2B-Bereich zum Kerngeschäft entwickelte. „Gerade im Büro kommt eine Obstbox besonders gut an, da dort häufig während der Arbeit mit Vorliebe Süßigkeiten gegessen werden“, berichtet Vertriebsprofi Bernstein aus eigener Erfahrung.

Bereits 2018 folgte ein Eigentümerwechsel und Simon Radtke, Mitarbeiter der ersten Stunde, übernahm die Firma. Radtke kam 2009 zu „cityfarming“, jobbte zunächst neben seinem BWL-Studium, wurde später nach seinem Abschluss übernommen und führte die Firma zum Erfolg. Kathrin Bernstein: „Wir bekommen sehr viel positives Feedback von Firmen, die uns sagen, dass die Stimmung im Büro besser ist mit Obst.“

In der Hochphase der Corona-Krise sind die Bestellungen der Firmenkunden allerdings deutlich zurückgegangen. Dafür gerieten Produkte wie Kaffee, Milch und Hygiene-

*Fortsetzung auf Seite 7*

**Für uns gibt es nichts Wichtigeres als unsere Mitglieder. Deshalb geben wir Ihnen an dieser Stelle die Möglichkeit, sich von uns vorstellen zu lassen.**

### Verlosungsaktion

Wir verlosen drei Obstboxen im Wert von jeweils 26 Euro. Senden Sie uns dazu bitte einfach eine E-Mail mit Namen, Adresse und Telefonnummer an: [sundermann@steuerzahler-hamburg.de](mailto:sundermann@steuerzahler-hamburg.de) Einsendeschluss ist der 20. November 20.

\* Durch die Teilnahme am Gewinnspiel erklären sich die Teilnehmer ausdrücklich damit einverstanden, dass die Daten, Vorname, Name, Anschrift und die E-Mail-Adresse, für den Zeitraum des Gewinnspiels und darüber hinaus gespeichert werden. Rechtsweg und Barauszahlung sind ausgeschlossen.

# Diskurs als Prinzip

„Wir sind die Lobby der Steuerzahler!“



Lorenz Palte bleibt Vorsitzender des Steuerzahlerbundes Hamburg

Der Bund der Steuerzahler setzt auf Kontinuität: Im Zuge der Jahreshauptversammlung, die kürzlich unter Corona-Bedingungen stattfand, wurde Lorenz Palte (41) erneut zum Vorsitzenden gewählt. Palte, der die Lohnsteuerhilfe in Hamburg-Barmbek leitet, steht bereits seit sieben Jahren an der Spitze des Hamburger Vereins. Dem Vorstand gehört er bereits seit 2009 an. „Auch 2019 war für unseren Landesverband ein sehr ereignisreiches Jahr“, sagt Lorenz Palte. „Wir haben uns erfolgreich in den politischen Diskurs der Stadt eingebracht. Für die Parteien sind wir ein anerkannter Gesprächspartner, für die Medien ein gefragter Meinungsgeber und für die Bürger oft die erste Anlaufstelle, wenn Ärger über Politik und Verwaltung Luft gemacht werden soll.“ Palte möchte

weiterhin an der Spitze einer Vereinigung stehen, die sich für die Wahrung der Rechte der Steuerzahler einsetzt. „Deshalb hoffe ich, dass wir auch in Zukunft auf die Unterstützung der Bürger in unserem Kampf für Wirtschaftlichkeit, Steuergerechtigkeit, Transparenz und Generationengerechtigkeit rechnen können. Wir sind die Lobby der Steuerzahler!“

In diesem Zusammenhang bedauert Lorenz Palte, dass beliebte und gut besuchte Informations-Veranstaltungen des BdSt zuletzt aufgrund der Corona-Krise abgesagt werden mussten.

Palte weist auf das „Schwarzbuch“ der Steuerzahler hin. „Erneut wird Hamburg mit Beispielen vertreten sein, bei denen deutlich wird, wie Steuergeld sinnlos verschwendet wird“, so der Vorsitzende. Im Zuge der Versammlung wurde auch der Vorstand bestätigt. Ihm gehören künftig Vize-Vorsitzender Jürgen Nielsen, Ulrich Altmann (Steuerpolitischer Sprecher), Petra Ackmann (Sozialpolitische Sprecherin), Heino von Schuckmann (Haushaltspolitischer Sprecher), Gabriele Kummerfeldt (Schatzmeisterin), Dieta Brandt und Alexander Fischer an. Aus dem Gremium ist Sabine Glawe ausgeschieden. Glawe fungierte unter anderem als stellvertretende Vorsitzende. Zuletzt war sie Haushaltspolitische Sprecherin.

Weitere Informationen gibt es unter [www.steuerzahler-hamburg.de](http://www.steuerzahler-hamburg.de).

**Sascha Mummenhoff**  
[mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de](mailto:mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de)

## Sascha Mummenhoff übernimmt Aufgaben von Christoph Metzner



© Stephan Hensel

Nach acht Jahren hat Christoph Metzner (Referent für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit/Geschäftsführer) den Bund der Steuerzahler Hamburg aus

privaten Gründen in Richtung Berlin verlassen. Vereins-Vorsitzender Lorenz Palte dankt Metzner für die vertrauensvolle Zusammenarbeit und wünscht ihm für die Zukunft alles Gute.

Am 16. September hat Sascha Mummenhoff (43, Bild) die Nachfolge von Christoph Metzner angetreten. Mummenhoff war zuletzt als Redakteur beim WOCHEN-BLATT-Verlag Schrader GmbH + Co. KG in Buchholz in der Nordheide tätig.

„Ich freue mich riesig auf die neue Aufgabe, und werde mein Bestes geben, den Vorstand dabei zu unterstützen, Politik und Verwaltung dabei auf die Finger zu schauen, wie sie das Geld der Steuerzahler verwenden. Die Fußstapfen meines Vorgängers, Christoph Metzner, sind groß. Er hat in den vergangenen Jahren viel dazu beigetragen, Steuerverschwendungen in Hamburg ins Licht der Öffentlichkeit zu holen.“

Sascha Mummenhoff ist via E-Mail an [mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de](mailto:mummenhoff@steuerzahler-hamburg.de) und telefonisch unter (040) 33 06 64 oder mobil unter (0177) 84 198 20 zu erreichen.

## Glück passt in eine...

### Fortsetzung von der Vorseite

artikel, die auch für den privaten Haushalt attraktiv sind, in den Vordergrund. „Klopapier war in der Corona-Zeit plötzlich einer der Topseller!“, berichtet die Vertriebspezialistin. Doch mit der Zeit kamen die meisten Firmenkunden zurück und neue Privatkunden sind geblieben. Denn um der Belegschaft auch im Homeoffice eine Freude zu machen und etwas Gutes zu tun, haben viele Firmen ihren Mitarbeitern eine Kiste nach Hause geschickt. So fühlen sich die Angestellten von ihren Arbeitgebern rundum umsorgt und wertgeschätzt. Gerade jetzt, in der kälteren Jahreszeit, liege den Unternehmenschefs laut Bernstein die Gesundheit der Mitarbeiter besonders am Herzen. Seit dem 1. Januar 2008 wird die Förderung der Mitarbeiter-Gesundheit zudem steuerlich unterstützt. Bis zu

600 Euro kann ein Unternehmen pro Mitarbeiter und pro Jahr steuerfrei an zusätzlich zum Arbeitslohn erbrachte Leistungen aufbringen. Dieses Geld soll zur Verhinderung beziehungsweise Verminderung von Krankheitsrisiken und zur Förderung der Gesundheit beitragen. „In diesem Zusammenhang schätzen wir die zahlreichen Informationen und Broschüren, die der Bund der Steuerzahler seinen Mitgliedern zu diesen und auch weiteren Themen kostenlos bereitstellt“, sagt Bernstein.

Die Obstkiste von Stadt Land Frucht wird auch bei anderen Gelegenheiten gern als Geschenk versendet, etwa zu Ostern, an Muttertag und natürlich auch zu Weihnachten. So kann man etwas Gutes zur Gesundheit seiner Liebsten beitragen und ihnen gleichzeitig eine kleine Freude machen.

**Angela Sundermann**, [sundermann@steuerzahler-hamburg.de](mailto:sundermann@steuerzahler-hamburg.de)

# Blick durch den Norden



Zu früh gefreut: Als die Corona-Pandemie in Deutschland vergleichsweise mild verlief, freuten sich die Menschen und die Politik. Aber der Herbst holt uns alle ein und die Zahlen der Infizierten sind stark gestiegen.

Fast folgerichtig hat sich ein regelrechter Flickenteppich an Maßnahmen und Verboten entwickelt. Bundesländer mit geringen Infektionszahlen versuchen, diese zu halten. Und die Bundesländer mit vielen Hotspots wagen fast zwangsläufig die Gratwanderung, um auf der einen Seite die Wirtschaft nicht weiter zu schädigen und andererseits die Pandemie einzudämmen.

Das föderale System der Bundesrepublik gerät dabei an seine Grenzen: 16 Regierungschefs wollen mitreden und die Bundesskanzlerin hat zwar viel zu sagen, aber wenig zu entscheiden. Weswegen es immer wieder einzelne Ministerpräsidenten gibt, die ganz eigene Wege einschlagen und dabei ganz offenkundig auch gerne

auf die Wähler schielen. Dies gilt mit Blick auf die Delegierten natürlich vor allem für die Regierungschefs von Nordrhein-Westfalen und Bayern. Zwar steht Markus Söder auf dem Bundesparteitag der CDU gar nicht zur Wahl, aber es geht schließlich auch immer um die spannende Frage, wer denn im kommenden Jahr als Kanzlerkandidat der Union ins Rennen geht.

Armin Laschet, zuhause in NRW, will natürlich beide „Jobs“ und lässt keine Gelegenheit aus, sich als Konkurrent von Söder zu profilieren. Auf einem anderen Blatt allerdings bleibt die Frage deshalb unbeantwortet, welches denn nun der beste Weg ist, mit der Pandemie umzugehen.

Wie leider hierzulande so häufig werden deshalb wohl am Ende Gerichte darüber entscheiden müssen, welche Maßnahmen noch angemessen sind und wo die Grenzen sind für staatliche Eingriffe. Gastronomen, Zirkusbetreiber und Schausteller werden früher oder später diverse Maßnahmen

beklagen. Ob sie allerdings recht haben, wenn sie Recht bekommen sollten, bleibt vorerst offen.

Derweil plagen sich Lehrer und Schüler mit immer neuen Anweisungen ab. Ob Stoßlüften hält, wieviel Kälte Kinder aushalten können, der Winter steht vor der Tür.

Leider steht zu befürchten, dass eifrige Kultusbürokraten immer neue Rundschreiben verfassen und damit die Schulen und hier vor allem die Lehrer umsetzen müssen, was die Ministerialbürokratie sich ausgedacht hat in dem Bestreben, die Verantwortung zu verlagern. Mitten in der Pandemie ist es nicht angeraten, sich zu sehr und zu eifrig um das zu kümmern, was Beamte höherer Besoldungsstufen sich so alles einfallen lassen. Aber ein wenig erinnert das schon an die DDR, wo ja laut Bundeskanzlerin Merkel immer im Spätherbst die Erkenntnis reifte, dass der Winter vor der Tür steht und nicht darauf wartet, reingebeten zu werden.

## Ein besonderer Fall

*Wie erreichen den Bund der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. eigentlich die Fälle? Und wie recherchieren wir, ob es sich um Steuerverschwendung handelt – oder nicht? Von einem besonderen Fall, hinter dem Fall, erzählen wir in dieser Ausgabe.*

Am 2. Mai erscheint in der Ostsee-Zeitung, Lokalausgabe Ribnitz-Damgarten, ein Artikel über den geplanten Nachtragshaushalt der Gemeinde Born, Amt Darß Fischland. Es geht um die Anschaffung von Büromöbeln im Wert von 44.000 Euro und nicht alle sehen das als notwendige Ausgabe, wie es der Amtsvorsteher Benjamin Heinke tut. Ein Hinweis erreicht den Bund der Steuerzahler per E-Mail. Die Frage: Tut eine solche Ausgabe in Corona-Zeiten wirklich not? Wir versuchen das herauszufinden. Landesgeschäftsführerin Diana Behr startet an den Amtsvorsteher eine in solchen Fällen übliche Anfrage, in der sie das Anliegen des Vereins erläutert und um Beantwortung der Fragen zum Sachverhalt bittet. In der Regel beantworten die Verwaltungen ausführlich die gestellten Fragen und stehen auch für Rückfragen bereit. Doch in diesem Fall ist alles anders. Der Amtsvorsteher schreibt einen zwei Seiten langen Brief (ja, Brief!), in dem er nicht antwortet, sondern recht ausführlich die Legitimation des Bundes der Steuerzahler Mecklenburg-Vorpommern e.V. in Frage stellt, sich für die berechtigten Interessen der Steuer-

zahlerinnen und Steuerzahler einzusetzen. Das wollen wir so nicht stehen lassen. Am 21. Juli stellen wir (per E-Mail) eine Presseanfrage zur Berichterstattung in unseren Vereinspublikationen. Mit Datum vom 23. Juli erhalten wir, ebenfalls per Post, eine Antwort, die unsere Tätigkeit herabwürdigt und darüber hinaus jede Antwort zum Sachverhalt schuldig bleibt. Ende Juli bitten wir daher höflich unter Setzung einer Frist erneut um eine Antwort. Die Frist verstreicht. Eine weitere Nachfrage unsererseits vom 6. August bleibt ebenfalls unbeantwortet. Derweil wollen noch viele Fälle für das Schwarzbuch 2020/21 recherchiert werden. Wir stellen diesen Fall zurück und wenden uns am 15. September mit der Bitte um Unterstützung an den Landrat des Landkreises Vorpommern-Rügen als zuständige Rechtsaufsicht. Bereits am 16. September erreichen uns die Antworten des Amtsvorstehers – diesmal per E-Mail (wenige Tage später sogar per Post). Die Antworten sind knapp gehalten.

Ein abschließendes Urteil darüber, ob es sich bei dieser Ausgabe um eine drohende Verschwendung von Steuermitteln handelt, können wir daher noch nicht fällen. Vielleicht finden sich geneigte Leserinnen und Leser, die dieser Frage weiterhin nachgehen möchten. Klar ist jedoch: Jeder Fall, den Sie, liebe Leserin und Leser von uns im Schwarzbuch gedruckt oder online lesen, ist ausführlich – und manchmal sehr hartnäckig – recherchiert und gut geprüft.

*Michaela Skott, [presse@steuerzahler-mv.de](mailto:presse@steuerzahler-mv.de)*